

Marburg, 20. September 2012

Eingang: XX.XX.XXXX

DIE LINKE. - Fraktion

TOP:

Lfd.Nr.

Änderungsantrag zur Kreistagssitzung am 21. September 2012

Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend "Mittelhessen stärken – Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung des Universitätsklinikum UKGM und der medizinischen Fachbereiche der Universitäten in Marburg und Gießen" (Lfd.Nr. 167/2012 KT)

Der Antrag erhält nachstehende Fassung

Beschluss:

1. Die Kreistage der Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf fordern gemeinsam mit den Stadtverordnetenversammlungen Marburg und Gießen den Hessischen Landtag auf, über alle Fraktionsgrenzen und Legislaturperioden hinweg ein klares Bekenntnis zum Erhalt der beiden medizinischen Fachbereiche mit allen medizinischen Studienplätzen in Marburg und Gießen sowie des Universitätsklinikums an beiden Standorten abzugeben. Darüber hinaus sollen Strategien zum Ausbau der erfolgreichen Kooperation und der Weiterentwicklung beider Standorte entwickelt werden.
2. Der Kreistag stellt fest, dass nach der erneuten Absage der Übernahmepläne der Fresenius AG die Landesregierung in besonderer Weise gefordert ist, sich für eine Sicherung und Verbesserung der Bedingungen für die Versorgung der Patientinnen und Patienten, der Forschung und Lehre sowie der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten am UKGM einzusetzen.
3. Der Kreistag schließt sich den Forderungen an Landtag und Landesregierung im einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) vom März 2012 an:
 - 1) die Leitung des Rhön-Konzerns aufzufordern, den vorgesehenen Personalabbau von insgesamt bis zu 500 Stellen zu unterlassen. Das Klinikum braucht nicht weniger, sondern mehr Personal, vor allem im Pflege- und ärztlichen Bereich. Insbesondere soll darauf gedrungen werden, dass bis zu einer einvernehmlichen Lösung kein weiterer stillschweigender Personalabbau stattfindet, sondern Stellen, deren Verträge auslaufen, neu oder weiter besetzt werden.
 - 2) sich für eine gesetzliche Regelung qualitativer und quantitativer Personal-Mindeststandards an den Kliniken einzusetzen, um bessere Arbeitsbedingungen und eine sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.
 - 3.) für alle Beschäftigten, die auf Grund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Land zurückkehren, betriebsbedingte Kündigungen und Änderungskündigungen auszuschließen und eine wohnortnahe Weiterbeschäftigung zuzusichern.
4. Der Kreistag bittet darüber hinaus die Hessische Landesregierung die Ergebnisse der Untersuchung der Unternehmensberatung McKinsey zum UKGM – soweit ihr bekannt - der Öffentlichkeit vorzustellen.
5. Zudem bittet der Kreistag die Hessische Landesregierung die Rückübertragung des UKGM in Landeseigentum vorzubereiten und zeitnah umzusetzen, wie in der Petition des

Aktionsbündnisses „Gemeinsam für unser Klinikum“ an den Hessischen Landtag gefordert.
(Petitionstext weiter unten)

Begründung:

Die Zukunft des UKGM ist für ganz Mittelhessen eine der zentralen Fragen im gesellschaftlichen Raum. Daher ist es sinnvoll und notwendig, dass auch der Kreistag in dieser Frage Position bezieht. Die Stellungnahme des Kreistages sollte präzise die Wünsche der Mehrheit der Bevölkerung in Mittelhessen beschreiben. Dies wird mit den ergänzenden Absätzen zum Ursprungsantrag geleistet; diese sind in weiten Teilen Anträgen und Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg entlehnt.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez.

Anna Hofmann
Dr. Ingeborg Cernaj
Bernd Hannemann
Adnan Yildirim

Petition an den Hessischen Landtag

Rücküberführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg in Landeseigentum

In Erwägung,

dass die Universitätskliniken Marburg und Gießen infolge ihrer Privatisierung in eine bedrohliche Situation gekommen sind, indem sich die Bedingungen für

- die medizinische Versorgung der Patienten,
- die Arbeit der Beschäftigten aller Bereiche und
- die qualitativ hochwertige Ausbildung und Forschung

in drastischer Weise verschlechtert haben, appellieren wir an Sie als Abgeordnete des Hessischen Landtags und an die Landesregierung:

Befreien Sie die Unikliniken aus der Abhängigkeit eines privaten Betreibers, der nicht ausschließlich dem Wohl der Patienten, der Beschäftigten, und den Aufgaben medizinischer Fakultäten verpflichtet ist, sondern der Renditeerwartung seiner Aktionäre!

Die Universitätsklinika Marburg und Gießen, die aus Mitteln der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger des Landes finanziert worden sind, müssen nach unserer gemeinsamen festen Überzeugung wieder in Landeseigentum überführt werden -
nur so kann es gelingen, die Ziele angemessener Gesundheitsversorgung der Patienten, menschenwürdiger Arbeit der Beschäftigten und der wissenschaftlichen Verpflichtung unserer Universitäten zu gewährleisten.

Aus gemeinsamer Verantwortung gegenüber den Patienten, den Beschäftigten der Universität und ihren Studierenden, und den Bürgerinnen und Bürgern der Region fordern wir Sie auf:

Leiten Sie unverzüglich die politischen und vertragsrechtlichen Bedingungen für eine Rückübernahme der Kliniken in Landeseigentum ein!

Beenden Sie die gegenwärtige Praxis von Arbeitsverdichtung und Stellenabbau!

Sichern Sie durch entsprechende Finanzausstattung und rechtliche Bestimmungen

- eine hochwertige Gesundheitsversorgung in der Region,
- faire, humane und sozialverträgliche Arbeitsbedingungen der Beschäftigten,
- die Grundlagen für verantwortungsvolle Lehre und Forschung!

*Text beschlossen vom 'Aktionsbündnis Gemeinsam für unser Klinikum'
Marburg, am 07. August 2012*